Dezernent Wagner erläuterte, die Verwaltung habe den Beschlussvorschlag in der Form gefasst, wie er dem bis dato einmütig geäußerten politischen Willen des Ausschusses für Schule und Bildungs koordinierung entspreche. Insbesondere weise er darauf hin, dass der letzte Absatz des Beschlussvorschlags vor dem Hintergrund einer Verfügung der Bezirksregierung zu sehen sei. Darin sei der Rhein-Sieg-Kreis aufgefordert worden, schulorganisatorische Maßnahmen zu treffen und hierüber bis zum 30.11.2016 zu berichten. In diesem Sinne sei auch das dem Ausschuss als Tischvorlage zugegangene gemeinsame Schreiben des Landrates des Rhein-Sieg-Kreises und des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn an die Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen zu verstehen, das (als **Anlage 4**) der Niederschrift nochmals beigefügt werde. Die Verwaltung hoffe, dass kurzfristig keine Weisung der Bezirksregierung ergehe, bevor eine Antwort der Ministerin vorliege. Erst danach könne über weitere Schritte nachgedacht und beraten werden.

Abg. Kunert erinnerte an die fraktionsübergreifende Einigkeit, den betroffenen Schülerinnen und Schülern die Förderung zukommen zu lassen, die sie brauchten, um erfolgreich in das allgemeine Schulsystem zurückgeführt zu werden. Sie hoffe, dass die Entscheidungsträger in Köln und Düsseldorf die Bedeutung für das Wohl der Kinder erkennen und dementsprechend verfahren würden.

Abg. Göllner schlug vor dem Hintergrund des beginnenden Landtagswahlkampfes vor, die auf Landesebene tätigen Politiker zu mobilisieren und deren Einflussmöglichkeiten im positiven Sinne geltend zu machen.

Abg. Hauer erklärte, die Verfügung der Bezirksregierung sei aus schulrechtlicher Sicht nicht angreifbar, er halte sie aus pädagogischer Sicht aber weiterhin für ein falsches Signal. Insofern unterstütze er das Vorgehen der Verwaltung, auch wenn er Zweifel hege, ob es beim zuständigen Ministerium zu einem Umdenken im Sinne der Kinder führe.

SkB Ellenberger begrüßte den Vorschlag, sich der Unterstützung der Landtagsabgeordneten zu versichern und darauf hin zu wirken, das bisherige Konzept beizubehalten. Damit werde auch dem von den betroffenen Eltern zum Ausdruck gebrachten Wunsch entsprochen.

SkBin Rentzsch schloss sich den Ausführungen ihrer Vorredner an und dankte der Verwaltung für die ergriffenen Maßnahmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Vorsitzende dankte dem Ausschuss für das einstimmige Votum und wertete es als ein Zeichen der vollen Unterstützung an die anwesenden Schulleitungen der drei Förderschulen in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung.